

Bauernbund Brandenburg

christlich – konservativ – heimatverbunden

Rundbrief März 2026



Frust im Frühling? Warum ich mich trotz allem nicht bange machen lasse

Liebe Berufskollegen,

wir müssen über das Getreide aus der Ukraine reden – und sei es nur, weil es sonst keiner tut. Dass wir im Ackerbau seit drei Jahren kein Geld mehr verdienen, ist Fakt. Früher ist bei einem hohen Rohölpreis immer der Getreidepreis mitgestiegen, diesmal nicht. Etwas ist anders als sonst ... und trotz aller

Komplexität der globalen Märkte fällt es zunehmend schwer, die geöffneten Grenzen zum Agrarüberschussland Ukraine nicht als eine maßgebliche Ursache zu sehen. Während andere Verbände die Größenordnungen herunterspielen oder sich an den unterschiedlichen sozialen und ökologischen Standards abarbeiten, haben wir klar und deutlich das Problem benannt (Pressemitteilung Seite 6). Bei der Podiumsdiskussion mit den Landtagsabgeordneten auf unserer Mitgliederversammlung sprach Lutz vom ukrainischen Getreide als dem „Elefant im Raum“ und forderte eine Wiederherstellung des Vorkriegszustandes, keinesfalls dürfe das Land in die Europäische Union integriert werden.

Hier und da lässt sich vielleicht der Aufwand runterfahren, natürlich sind oft auch die Pachten zu hoch, aber auf meinen unter 30 Bodenpunkten in der Ostprignitz frage ich mich, an welchen Schrauben ich noch drehen soll, damit die Flächen nicht gänzlich aus der Produktion fallen. Gras einsäen und Mutterkühe aufstocken, die sich ausnahmsweise nach vielen Jahren Durststrecke gerade rechnen? Auf eine Erhöhung der Direktzahlungen brauchen wir jedenfalls nicht zu hoffen, soviel steht fest, und ob die Grünlandprogramme im bisherigen Umfang bleiben, ist mehr als unsicher. Freihandel, Naturwiederherstellung, Gentechnikregulierung – überall stellt die Politik gerade die Weichen gegen eine stabile Landwirtschaft und agiert weiter wie bisher, als gäbe es kein Morgen.

Aber geht das nicht unserer gesamten Gesellschaft so, dass eigentlich sehr viele Menschen wissen, dass es in dieser Weise nicht weitergehen kann, und das Weiter-so der politischen Klasse daher mit Sorge als letzten Akt einer absurden Realitätsverweigerung beobachten? Stehen wir Landwirte – und gerade die bäuerlichen Betriebsstrukturen, die wir im Bauernbund vertreten – gemessen an den zu erwartenden sozialen und ökonomischen Erschütterungen nicht vergleichsweise solide da? Wer angesichts von Alterspyramide, Staatsquote und Work-Life-Balance ein Abgleiten ins Chaos verhindern will, wird nicht um grundlegende Reformen herumkommen, um die immer kleiner werdende Minderheit bei Laune zu halten,

die noch produktiv arbeitet. Dass es auch künftig Lebensmittel auf dem Weltmarkt zu kaufen geben wird, ist unstrittig, spannend ist eher die Frage, ob unsere Gesellschaft diese in zehn Jahren noch bezahlen kann. Möglicherweise wird man uns dann notwendig brauchen. Das muss nicht nur angenehme Begleiterscheinungen haben, kann aber politische Optionen eröffnen, von denen wir derzeit nicht zu träumen wagen. Deshalb sollten wir aufhören, uns immer klein zu machen, sondern bereits heute selbstbewusst unsere Forderungen in die politischen Debatten einbringen. Wozu unter anderem gehört, dass Getreide aus der Ukraine in der Europäischen Union nichts zu suchen hat.

Denken wir mal dreißig Jahre zurück, als wir unsere Höfe wieder in Gang gebracht haben, mit ein paar herausgenommenen Flächen und heruntergewirtschafteten Gebäuden und der festen Überzeugung, dass wir die Landwirtschaft selber besser hinkriegen. Drumherum ein zusammenbrechendes System, neue ungewohnte Spielregeln, alte Seilschaften, die uns nicht mitspielen lassen wollten, Agrarmärkte geprägt durch Überproduktion, Absatzkrisen und fortschreitende Globalisierung. Und vor uns große Investitionen und jede Menge Arbeit. In der Nachbarschaft wurden wir belächelt oder bemitleidet, aber wir haben uns nicht bange machen lassen und sind unseren Weg gegangen. Reich sind wir vielleicht nicht geworden, vermögend schon, und wenn auf vielen Betrieben die nächste Generation bereits eingestiegt ist, allen Widrigkeiten zum Trotz, um das bäuerliche Erbe in die Zukunft zu führen, werden wir nicht alles falsch gemacht haben.

Überhaupt, wenn man bedenkt, wie viele Generationen vor uns unter noch ganz anderen Bedingungen die Höfe aufrecht erhalten haben, verfliegt der Frust über die ökonomischen und politischen Zumutungen der Gegenwart ... und macht den Blick frei für das Frühlingserwachen in der Natur, auf unseren Feldern, wo wir den schönsten und wichtigsten Beruf der Welt ausüben. Lasst Euch nicht unterkriegen!

Euer Jens Gerloff (Vizepräsident)

Lutz Wercham an der Spitze des Bauernbundes Brandenburg

(09.10.2025) Lutz Wercham ist neuer Präsident des Bauernbundes Brandenburg, Landesgruppe der FREIEN BAUERN. Nachdem der bisherige Präsident Marco Hintze aus gesundheitlichen und betrieblichen Gründen zurückgetreten war, wählte der Vorstand einstimmig den 39jährigen Landwirt in das höchste Amt der bäuerlichen Berufsvertretung. „Damit findet der Generationswechsel früher statt, als wir geplant hatten, trotzdem nehme ich die Herausforderung gerne an und werde mein Bestes geben“, versprach Wercham, der dem Vorstand seit 2013 angehört, und dankte seinem Vorgänger für dessen Engagement: „Marco hat solide Verbandsarbeit verbunden mit starken Protestaktionen – mit seinem Trecker war er auf allen Demonstrationen vorneweg und hat damit den Nerv der Zeit getroffen.“

Wercham bewirtschaftet einen rund 700 Hektar großen Ackerbaubetrieb in Wilhelmsaue im Oderbruch, baut Weizen, Gerste, Raps und Speisekartoffeln an, vermehrt Hybridroggen, Erbsen, Öllein und Gräser, nutzt mobile Beregnung und vertreibt regionale Produkte über seinen Hofladen. Agrarpolitisch hat er sich in der Vergangenheit gegen Vernässung und Biberplage sowie gegen CO₂-Endlager stark gemacht, aktuell verhindert er Solarparks auf den ertragreichen Ackerböden seiner Gemeinde: „Wir Bauern sind der erste Stand der Gesellschaft, ohne uns geht gar nichts, deshalb sollten wir viel selbstbewusster auftreten.“

*Eine sehr gute Gelegenheit, den neuen Präsidenten kennenzulernen, bot kurz nach dem überraschenden Führungswechsel unser **Herbsttreffen am 9. November 2025** im Märki-*

schen Oderland, wo wir auf dem Betrieb von Lutz Wercham und auf dem Betrieb unseres im Frühjahr neu in den Vorstand gewählten Mitglieds Timo Scheib zu Gast waren. Rund 90 Teilnehmer, anregende Gespräche auf den Höfen und konstruktive Diskussionen, wie wir den Bauernbund in Zukunft weiterentwickeln wollen, abends am Bauernstammtisch.



Volles Haus auch bei unserer **Mitgliederversammlung am 18. Februar 2026**, zu der sich trotz Schnee und Eis rund 110 Teilnehmer im Gasthof Niegisch in Schmachtenhagen einfanden (der Schwanenkrug stand wegen eines Betreiberwechsels nicht mehr zur Verfügung). Lutz hat Marco würdig verabschiedet: Die Formulierung eines agrarstrukturellen Leitbilds „viele ortsansässige selbständige Landwirte“, die Durchsetzung der Höfeordnung und die Kampagne wolfsfreiezone.de fielen in seine Präsidentschaft. Lutz erinnerte auch an Marcos legendäre Pressemitteilung „Bäuerliche Landwirtschaft muss sich nicht ändern“, mit der wir der aufkeimenden Protestbewegung inhaltliches Rückgrat anboten. Reinhard würdigte das Engagement der ebenfalls ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Ulf Simon und Frieda Salzwedel: Ulf hat mit seiner Arbeit im Kulturlandschaftsbeirat wesentlich zur Profilierung unserer Positionen zum Moorschutz und zu Freiflächensolaranlagen beigetragen. Frieda hat die Geschäftsstelle intensiv unterstützt, fachlich vor allem bei den Themen Agrarstruktur, Moorschutz und Tierhaltung, aber auch organisatorisch durch die Betreuung der gesamten Grundstücksverkehrsangelegenheiten. Den Auftakt der Versammlung bildete



Zu Gast auf der Mitgliederversammlung in Schmachtenhagen waren die agrarpolitischen Sprecher der vier im Landtag vertretenen Fraktionen, von links nach rechts: Johannes Funke (SPD), Julian Brüning (CDU), unser Vizepräsident Jens Gerloff, Fabian Jank (AfD), Gunnar Lehmann (BSW) und unser Präsident Lutz Wercham

eine Podiumsdiskussion mit den agrarpolitischen Sprechern der vier Landtagsfraktionen, die angesichts der laufenden Koalitionsverhandlungen teilweise vage bleiben musste. Immerhin herauszuhören war, dass die neue Landesregierung bei den Themen Wolfsjagd und Wasserrückhalt Forderungen von uns umsetzen möchte. Handlungsbedarf gegen den Ausverkauf der heimischen Landwirtschaft an überregionale Investoren sahen dagegen vor allem die Vertreter der Opposition und boten uns in dieser Frage parlamentarische Unterstützung an. Zum Abschluss der Versammlung nochmal volle Konzentration: Der Fachvortrag des Geografen Marian Beyer über 7.000 Jahre Kulturlandschaft machte deutlich, dass beweidetes Offenland eine viel höhere Artenvielfalt hervorbringt als Wald oder Wildnis und damit ideologische Festlegungen des Naturschutzes auf den Prüfstand gehören.

Christoph Schilka 1953 - 2025

Im November 2025 ist unser langjähriges Vorstandsmitglied Christoph Schilka aus Guhrow im Alter von 72 Jahren verstorben. Christoph kam 2000 zum Bauernbund und brachte gleich einen Schwung ökologisch wirtschaftender Landwirte aus dem Spreewald mit, unter anderem seine beiden Brüder. Der Zusammenhalt im Berufsstand, regionale Vermarktung und die Verteidigung der Heimat gegen neue Braunkohletagebaue waren ihm Herzensangelegenheiten – bei unseren letztlich erfolgreichen Protesten gegen die Abaggerung weiterer Dörfer stand er immer mit in der ersten Reihe. Der Ackerbau-Mutterkuhbetrieb in Guhrow wird bereits seit einigen Jahren von seinem Sohn Marcus weitergeführt.

Bauernbund Brandenburg auf der Grünen Woche: Volles Korn statt leeres Stroh



(20.01.2026) „Volles Korn statt leeres Stroh“ fordert der Bauernbund Brandenburg auf einem Banner, das Verbandsmitglieder gestern im Eingangsbereich der Brandenburg-Halle präsentierten, als inhaltlicher Impuls für den dort stattfindenden Empfang der Landesregierung. „Während im alten Logo der Grünen Woche der Schriftzug die Körner der Gerstenpflanze markierte, befinden sich im kürzlich neu eingeführten Logo nur noch Granen“, erläutert Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung die Parole. Damit beschreibe der Wechsel im grafischen Erscheinungsbild mit unbeabsichtigter Symbolkraft den tiefgreifenden Wandel der Agrarpolitik, die auf der Messe diskutiert wird, so der 60jährige Mutter-

kuhhalter aus Lennewitz in der Prignitz: „Hierzulande wird durch Green Deal und Naturwiederherstellung die heimische Landwirtschaft immer weiter an den Rand gedrängt, gleichzeitig öffnet man die Grenzen für billiges ukrainisches Getreide und brasilianisches Rindfleisch.“ Eine Rückkehr der Agrarpolitik zu dem alten Logo der Grünen Woche verlangt folgerichtig der Bauernbund auf seinem Banner: Vorfahrt für die Produktion, Auflagen und Abgaben runter, Importe stoppen, Monopole zerschlagen!

„Natürlich ging es bei unseren Gesprächen auf dem anschließenden Brandenburg-Abend hauptsächlich um Landesthemen, angesichts der bevorstehenden Koalitionsverhandlungen“ berichtet Jung vom Empfang. Dennoch sei die inhaltliche Kritik auf dem Banner nicht nur beiläufig wahrgenommen worden: „Wir konnten vielen Gesprächspartnern damit unsere Überzeugung nahebringen, dass das Agrarland Brandenburg auch bei den großen landwirtschaftspolitischen Themen nicht auf die Bundesregierung warten muss, sondern mit eigenen Aktivitäten oder mit Bundesratsinitiativen vorangehen kann. Brandenburg hat Berlin umzingelt.“

Bauernbund Brandenburg für Hansen-Vorschlag: Überregionale Investoren sollen keine Direktzahlungen mehr bekommen

(30.01.2026) Der Bauernbund Brandenburg hat die Absicht des EU-Agrarkommissars Christophe Hansen gelobt, die dem australischen Finanzkonzern Igneo zugehörige Deutsche Agrarholding mit rund 20.000 Hektar in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern künftig von der Förderung mit EU-Mitteln auszuschließen. „Statt immer wieder nur über die Bedrohung angeblich gewachsener ostdeutscher Strukturen durch Kappung und Degression zu lamentieren, sollte die Landesregierung Hansens Aussage jetzt zum Ausgangspunkt einer konstruktiven Diskussion über eine agrarstrukturell sinnvolle Verteilung der Direktzahlungen machen“, sagte Bauernbund-Vorstand Hans-Jürgen Paulsen. Die Agrarstruktur in den ostdeutschen Bundesländern sei nach wie vor unbefriedigend, kritisiert der 61jährige Milchviehalter aus Zollchow in der Uckermark: „Zu wenig Selbständige, zu wenig Privatinitiativen, zu wenig Wertschöpfung – und ein Großbetrieb nach dem anderen wird an überregionale Investoren verkauft.“ Der Agrarkommissar sollte daher beim Wort genommen und zügig eine Regelung ausgehandelt werden, nach der die Direktzahlungen nur noch an ortsansässige Landwirte gehen. Bei dieser Gelegenheit könnten auch die von der Kommission vorgelegten, bisher sehr kleinteiligen Kappungsvorschläge soweit nach oben korrigiert werden, dass sie die leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetriebe Brandenburgs nicht mehr benachteiligen.

Die ostdeutschen Großbetriebe seien keineswegs historisch gewachsen, sondern im Sozialismus durch Zwang geschaffen und nach der Wende durch Fehlentscheidungen konserviert worden, merkt der Bauernbund an. Nötig sei keine Grundsatzdebatte über Groß oder Klein, aber eine begründete Richtung sollte in der Agrarpolitik schon zu erkennen sein. Paulsen: „Brandenburgs Höfe gehören in die Hand von brandenburgischen Bauern. Dass der Ausverkauf unserer Landwirtschaft an überregionale Investoren vom Staat bis zum letzten Hektar durchsubventioniert wird, muss jedenfalls ein Ende haben.“

*„Wir erleben den zweiten Strukturbruch in Ostdeutschland“ betitelte die Berliner Zeitung im November 2025 ein Interview mit Geschäftsführer Reinhard Jung über den Einstieg überregionaler Investoren in die Großbetriebe und das Versagen der Politik: Erst gehörte die Landwirtschaft des Dorfes **vielen**, im Sozialismus gehörte sie **allen**, nach der Wende gehörte sie **wenigen** und inzwischen gehört sie immer häufiger **anderen** ...*

Wettbewerbsverzerrung: Bauernbund Brandenburg fordert Schutzzölle gegen Getreideimporte aus der Ukraine

(03.12.2025) Der Bauernbund Brandenburg hat die Wiederherstellung des handelspolitischen Vorkriegszustandes bei einem Friedensschluss im Ukraine-Konflikt gefordert. „Die Zollgrenze zur Ukraine muss jedenfalls wieder geschlossen werden, keinesfalls darf das Land in die Europäische Union“, sagte Bauernbund-Präsident Lutz Wercham. Seit drei Jahren würden Billigimporte von Weizen, Gerste, Mais und Zuckerrüben sowie weiteren Agrarprodukten aus der Ukraine die Märkte in den europäischen Nachbarländern ruinieren mit desaströsen Einkommensverlusten vor allem bei den Marktfruchtbetrieben. Zusätzlich würden die Russland-Sanktionen über massiv gestiegene Düngerpreise höhere Produktionskosten verursachen, kritisiert der 39jährige Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderland: „In Brandenburg stehen wir dabei besonders unter Druck mit unserer starken Ausrichtung auf Ackerbau und den vergleichsweise schwachen Böden.“ Wenn die Preismisere anhalte, werde es immer schwerer, die heimische Landwirtschaft und Kulturlandschaft noch gegen Spekulanten, Solarparks und Wildnisprojekte zu verteidigen, befürchtet Wercham und verlangt daher einen sofortigen Einfuhrstopp für ukrainische Agrarprodukte.

Der Getreidemarkt sei ein globaler Markt, räumt der Bauernbund ein, aber für die Getreideerzeuger in Brandenburg mache es einen gewaltigen Unterschied, ob die Exporte aus der Ukraine auf der traditionellen Schwarzmeer-Route direkt in die Mittelmeer-Länder und nach Afrika gelangen oder auf dem Umweg über die polnischen und deutschen Ostseehäfen. Wercham: „Die großen Mühlen und Lagerhäuser hierzulande füllen ihre Getreidesilos mit billiger ukrainischer Ware und drücken damit bei uns die Preise.“

Die Notwendigkeit von Schutzzöllen begründet Wercham mit der Wettbewerbsverzerrung durch niedrigere soziale und ökologische Standards. So sind in der Ukraine Pflanzenschutzmittel zugelassen, die in der Europäischen Union seit langem nicht mehr angewendet werden dürfen, der Mindestlohn für Landarbeiter beträgt umgerechnet einen Euro pro Stunde. Darüber hinaus sieht der Landwirt aber auch ein grundsätzliches Problem beim Freihandel mit dem osteuropäischen Land: „Aufgrund ihrer fruchtbaren Schwarzerdeböden ist die Ukraine eine klassische Agrarüberschussregion – selbst wenn alle Standards angeglichen würden, könnte sie uns preislich immer unterbieten.“ Angesichts wachsender weltweiter Sicherheitsrisiken müsse die heimische Landwirtschaft Vorrang haben, verlangt der Bauernbund. Einen weiteren Verlust von Flächen und Betrieben könne Brandenburg sich nicht leisten, die Versorgung der Bevölkerung auch in Krisenzeiten sei systemrelevant.

Protest an den Autobahnen: Bauernbund Brandenburg gegen Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten

(08.01.2026) Rund 120 Landwirte haben am 8. Januar mit ihren Traktoren elf Autobahnzufahrten in Brandenburg blockiert, um ihren Protest gegen das geplante Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit den Mercosur-Staaten zum Ausdruck zu bringen. „Es ist unfair, unsere Landwirtschaft einer Konkurrenz auszusetzen, die aufgrund schlechterer sozialer und ökologischer Standards billiger produzieren kann und ihre Überschüsse um jeden Preis in den europäischen Markt drücken möchte“, sagte Bauernbund-Mitglied Mario Ortlieb, der die Veranstaltungen mit dem YouTuber Thomas Essig organisiert hat: „Und es ist unverantwortlich, die sichere Versorgung mit heimischen Lebensmitteln aufs Spiel zu setzen durch Billigimporte vom anderen Ende der Welt.“ Mit seiner Aktion möchte der 49jährige Ackerbauer aus Sarnow in der Prignitz die Politik wachrütteln, um die kurz vor dem Abschluss stehende Vereinbarung doch noch zu stoppen.

„Das Abkommen darf in der gegenwärtigen Form keinesfalls unterzeichnet werden“, argumentiert Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung. Bei Handelsabkommen müssten landwirtschaftliche Produkte, die in der Europäischen Union in ausreichender Menge und hoher Qualität selbst produziert werden können, grundsätzlich ausgeschlossen sein, so der 60jährige Mutterkuhhalter aus Lennewitz in der Prignitz, der bereits gestern Gelegenheit hatte, Brandenburgs Landwirtschaftsministerin Hanka Mittelstädt die Forderungen der protestierenden Bauern persönlich zu überreichen: „Die Ministerin hat Unterstützung für unser Anliegen signalisiert – ich hoffe sehr, dass sie sich ebenso wie ihr Amtskollege Till Backhaus bei Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer für Nachverhandlungen einsetzt.“

Die Aktionen an den elf angemeldeten Autobahnzufahrten verliefen bislang ohne Probleme in guter Zusammenarbeit mit der Polizei. Mit einer zeitgleich stattfindenden, aber nicht agrarpolitischen Aktion an einer anderen Autobahnzufahrt hat der Bauernbund Brandenburg nichts zu tun.



Danke Mario, können wir nur sagen, für die mutige Aktion an den Autobahn-Zufahrten, hier in Herzsprung. Mit nicht einmal 100 Traktoren ein so großes (und dazu noch überwiegend positives) Medien-echo zu produzieren, das war Spitze! Es berichteten RBB-Fernsehen, Welt-TV, Kontrafunk, Berliner Zeitung, Märkische Allgemeine, Märkische Oderzeitung, Tagesspiegel, Bauernzeitung. Nicht zuletzt war die Aktion Anlass, dass das ZDF Magazin Frontal auf uns aufmerksam wurde und Geschäftsführer Reinhard Jung zwischen Özdemir und Ökonomieprofessor unsere Agrar-Sicht darlegen konnte.

Mercosur-Demos: Bauernbund Brandenburg lobt die Entscheidung des Europaparlaments

(23.01.2026) Anlässlich weiterer Bauernproteste an fünf Autobahn-Zufahrten zum Berliner Ring hat der Bauernbund Brandenburg seine Ablehnung des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten bekräftigt. „Wir produzieren selber hochwertiges Rindfleisch und wollen keine hormonbehandelte Importware aus dem brennenden Regenwald“, fasste Bauernbund-Vizepräsident Jens Gerloff die Kritik zusammen und appellierte an Landwirtschaftsministerin Hanka Mittelstädt, sich in ihrer Partei für eine starke heimische Landwirtschaft einzusetzen. Durch die Entscheidung des Europaparlaments, das Abkommen vom Europäischen Gerichtshof überprüfen zu lassen, sei Zeit für gründliches Nachdenken gewonnen, so der 61jährige Mutterkuhhalter aus Teetz in der Prignitz: „Wenn bei einem Projekt 25 Jahre keine Übereinkunft erzielt werden kann, ist das kein Argument für einen schnellen Abschluss, sondern eher dafür, die Sinnhaftigkeit insgesamt in Frage zu stellen.“

Ausdrücklich bedankt sich der Bauernbund deshalb bei den Europaabgeordneten von Linken, Grünen, BSW, AfD und Freien Wählern, die sich nicht dem Druck der Kommission gebeugt, sondern in der Sache entschieden haben und damit politisch glaubwürdig geblieben sind. „Die Abgeordneten aus Frankreich, Polen, Irland, Ungarn und Österreich haben ebenfalls über alle politischen Lager hinweg für eine juristische Überprüfung gestimmt und damit die knappe Mehrheit im Parlament ermöglicht“, argumentiert Gerloff: „Lässt man das geopolitische Geschwurbel der Befürworter beiseite, geht es bei dem Freihandelsabkommen um knallharte Interessengegensätze, und zwar mit dem hart arbeitenden bäuerlichen Mittelstand auf der einen und dem internationalen Handelskapital auf der anderen Seite.“

Geradezu peinlich wirken aus Sicht des Bauernbundes die Versuche des Bauernverbandes, die Bedeutung von Mercosur herunterzuspielen. Gerloff: „Wenn sich Friedrich Merz sogar bei Joachim Rukwied für die Unterstützung beim Zustandekommen des Abkommens bedankt, sollte jeder Landwirt zumindest wissen, wer seine Interessen nicht vertritt.“

Bauernbund Brandenburg zum Berliner Kartoffelgeschenk: 4.000 Tonnen Raubtierkapitalismus



(13.01.2026) Als widerliche PR-Aktion zur Zerstörung regionaler Märkte hat der Bauernbund Brandenburg das von der Berliner Morgenpost unterstützte Projekt der sächsischen Osterland-Agrargesellschaft bezeichnet, in Berlin 4.000 Tonnen Kartoffeln zu verschenken, angeblich um das Klima zu schonen und Bedürftigen zu helfen. „Durch die gute Ernte sind Kartoffeln gerade billig, die aktuellen Erzeugerpreise decken kaum die Produktionskosten“, sagte Bauernbund-Vorstand Timo Scheib. Trotzdem handle es sich bei der vorgesehenen Tonnage um einen Markt-

wert von mindestens 300.000 Euro, der nicht einfach aus Idealismus abgegeben werde, so der 52jährige Ackerbauer aus Biesdorf bei Wriezen: „Hier bereitet ein von überregionalen Investoren finanzierter großer Agrarkonzern gezielt den Markteinstieg in Berlin vor, und das ausgerechnet zur Grünen Woche auf Kosten der märkischen Bauern, die sich mit Speisekartoffeln in den vergangenen Jahren ein wirtschaftliches Standbein aufgebaut haben. Das sind 4.000 Tonnen Verachtung von Lebensmitteln, 4.000 Tonnen Raubtierkapitalismus.“

Umweltbewusste Berlinerinnen und Berliner, die den Wert der heimischen Landwirtschaft zu schätzen wissen, sollten das Geschenk deshalb bewusst nicht annehmen, wünscht sich Scheib und hält fest: „Lebensmittel sind und bleiben wertvoll, auch wenn in den nächsten Tagen gedankenlose Gutmenschen an Schulen und Kirchen mit kostenlosen Knollen um sich werfen und der Medienpartner den Mantel der Mildtätigkeit darüber deckt.“ Keine Kartoffel müsse verschwendet werden, wie die Osterland-Agrargesellschaft dem Publikum vorgaukelt, sondern selbst in Jahren eines großen Überangebotes lassen sich nicht verkaufte Mengen noch als hochwertiges Viehfutter verwerten, argumentiert der Bauernbund. Bei der Kampagne gehe es einzig und allein darum, die Konkurrenz vor Ort zu schwächen, um selbst in den lukrativen Hauptstadtmarkt vorzudringen. Scheib: „Dagegen gibt es ein höchst wirksames Rezept: Einfach nicht abholen.“

Bauernbund Brandenburg verlangt Umsetzung der Kartellrechtsreform: Lidl, Aldi, Rewe und Edeka zerschlagen!

(14.12.2025) Der Bauernbund Brandenburg hat seine Forderung nach Entflechtung marktbeherrschender Konzernstrukturen im Lebensmitteleinzelhandel bekräftigt. „Die aktuellen Tiefpreise für Milch und Butter simulieren nur Wettbewerb, tatsächlich halten Lidl, Aldi, Rewe und Edeka mit einem Umsatzanteil von zusammen 87 Prozent die Branche fest in ihrem Würgegriff, zulasten von Bauern und Verbrauchern“, sagte Bauernbund-Vizepräsident Jens Gerloff und verlangt, die von der letzten Bundesregierung vorgestellte, aber nie ernsthaft vorangetriebene Kartellrechtsreform wieder aufzunehmen. Um marktwirtschaftliche Mechanismen in Gang zu setzen, müsse das Bundeskartellamt sehr große Konzerne dazu zwingen, Unternehmensanteile zu veräußern oder zu verselbständigen, bis wieder gesunder Wettbewerb herrscht, so der 61jährige Mutterkuhhalter aus Teetz in der Prignitz: „Die Macht der Monopole ruiniert bäuerliche Existenzen und sie lähmt unsere gesamte Volkswirtschaft.“

Von der Landwirtschaftsministerin Hanka Mittelstädt wünscht sich der Bauernbund eine Bundesratsinitiative für die Umsetzung der Kartellrechtsreform. „Dass dieses wichtige Projekt unter Scholz nicht weiter verfolgt wurde und auch von Merz konsequent ignoriert wird, ist ein Armutszeugnis der herrschenden Politik“, kritisiert Gerloff. Um die Stellung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette zu stärken hatten FREIE BAUERN und LSV Deutschland bereits bei den großen Protesten im Frühjahr 2024 die Entflechtung der Monopole, verpflichtende Verträge vor der Lieferung von Agrarprodukten und eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln gefordert. Gerloff: „Anderthalb Jahre später haben wir zwar den Agrardiesel wieder, aber in den ökonomischen Machtfragen sind wir keinen Schritt weiter – wen wundert es, dass immer mehr Menschen an der Politik verzweifeln?“



*Auf **Bundesebene** hatten wir Gelegenheit, in Gesprächen mit Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU), mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Saskia Ludwig (CDU) und mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten Götz Frömking (AfD) unter anderem unsere Positionen zum Bürokratienabbau und zur geplanten Gentechnikderegulierung darzulegen.*

Bauernbund Brandenburg kritisiert Pflanzenschutz-Aufzeichnungspflichten als Paradebeispiel für überflüssige Bürokratie

(23.02.2026) Der Bauernbund Brandenburg hat SPD und CDU im Land aufgefordert, das bereits im vorherigen Koalitionsvertrag ausgesprochene Vertrauen in die gute fachliche Praxis der Landwirte zu erneuern und diesmal mit konkreten Aussagen zum Abbau von behördlicher Regelungs- und Kontrollwut zu verbinden. „Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz geht die Bürokratisierung weiter“, kritisiert Bauernbund-Präsident Lutz Wercham und

nennt als Paradebeispiel die zum Jahresbeginn in Kraft getretene EU-Verordnung über Aufzeichnungspflichten beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. „Für sich genommen sind die zusätzlichen Anforderungen verkraftbar, zumal für größere Betriebe, die ohnehin mit digitaler Schlagkartei arbeiten“, räumt der 39jährige Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderland ein: „Trotzdem sind sie erstens komplett überflüssig und zweitens nochmal eine Schippe oben drauf auf den angesammelten Dokumentationswahnsinn.“ Bestens ausgebildete Landwirte würden beaufsichtigt wie Verbrecher auf Freigang, und das ohne jede Fluchtgefahr.

Dass Landwirte Buch darüber führen, an welchem Tag sie welches Pflanzenschutzmittel auf welcher Fläche ausbringen, sei im eigenen Interesse und seit langem gesetzlich vorgeschrieben, argumentiert Wercham, ebenso dass die Mittel erst nach sorgfältiger Risikoprüfung zugelassen werden und sowohl die Pflanzenschutzspritze alle drei Jahre zum TÜV muss als auch der Anwender alle drei Jahre einen Sachkundenachweis zu erbringen hat: „Aber warum in aller Welt müssen wir jetzt auch noch einen Code für die Kulturpflanze, die Zulassungsnummer des Mittels, die Lage und Größe der Fläche, teilweise sogar die Uhrzeit der Ausbringung und das Entwicklungsstadium der Pflanze aufschreiben und 30 Tage danach in elektronischer Form vorrätig haben?“ Alle in der neuen Verordnung zusätzlich geforderten Informationen seien ohnehin auf dem Betrieb vorhanden, falls aus irgendeinem Grund eine behördliche Überprüfung notwendig werden sollte. Sie vorsorglich maschinenlesbar zusammenzustellen, ergebe einfach keinen Sinn, so Wercham.

Möglicherweise sei die neue Verordnung aber auch nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einer KI-gestützten Überwachung in Echtzeit durch Behörden oder Konzerne, mutmaßt der Bauernbund. Wercham: „Dann müssten wir schärfstens widersprechen und auf unserer unternehmerischen Eigenverantwortung bestehen. Jedenfalls haben wir wenig Verständnis für eine Politik, die uns in Sonntagsreden das Vertrauen ausspricht und eine solche Verordnung widerspruchlos hinnimmt.“

Bauernbund Brandenburg an Abgeordnete: Neue Gentechnik im Europaparlament scheitern lassen!



Kein Handlungsbedarf: im weltweiten Vergleich erzielt unser Ackerbau Spitzen-Erträge, ganz ohne Gentechnik ...

(12.03.2026) Der Bauernbund Brandenburg hat an die Europaabgeordneten appelliert, die im April zur Abstimmung vorgesehene Verordnung zur Deregulierung der neuen Gentechnik entschieden abzulehnen. „Der vorliegende Entwurf ist in sich zutiefst widersprüchlich“, sagte Bauernbund-Vorstand Thomas Kiesel: „Einerseits sollen sogenannte NGT1-Pflanzen leichter zugelassen werden, weil sie herkömmlichen Züchtungen vergleichbar erzeugt wurden, andererseits dürfen sie nach wie vor patentiert sein, was für eine technische Erfindung und damit eben nicht für herkömmliche Züchtung spricht.“

Wenn Saatgut dem Patentrecht unterliegt, führe das direkt in die Abhängigkeit von großen Konzernen, befürchtet der 55jährige Ackerbauer aus Barsikow im Ruppiner Land, außerdem werde der Verbraucher in die Irre geführt, da NGT1-Pflanzen in Lebensmitteln nach der geplanten Verordnung nicht mehr gekennzeichnet sein müssen: „Bauern und Verbraucher lehnen die Deregulierung deshalb nahezu geschlossen ab – wer steht eigentlich hinter dem Verordnungsentwurf außer einer Handvoll eitler Professoren, gieriger Manager und schmieriger Lobbyisten?“

Bereits durch das gegenwärtige Sortenschutzrecht und dessen juristische Auslegung würden Landwirte gezwungen, den Saatgut-Konzernen Einblick in ihre betrieblichen Daten zu gewähren und deren Lizenzansprüchen immer weiter nachzugeben, argumentiert der Bauernbund. Mit der Marktdurchsetzung patentierter NGT1-Pflanzen würde daraus eine totale Abhängigkeit – wichtige Eigenschaften künftiger Nutzpflanzen würden monopolisiert und könnten nicht mehr ohne Zustimmung der Patentinhaber verwendet werden. Kiesel sieht zwar weltweit noch keine konkreten Vorteile von NGT1-Pflanzen, warnt aber: „Durch die Marktmacht der Konzerne und gezielte staatliche Einflussnahme zu ihren Gunsten könnte der Druck zunehmen. Da geht es dann um so edle Ziele wie Anpassung an den Klimawandel oder Einsparungen beim Pflanzenschutz und plötzlich bleibt nur noch Gentechnik übrig.“ Die unternehmerische Entscheidung darüber, welches Saatgut verwendet wird, müsse jedoch in der Hand der Bauern bleiben, verlangt Kiesel. Um so wichtiger sei es, die Verordnung im Parlament scheitern zu lassen.



Auf Landesebene haben wir zwei Umbrüche in kurzer Zeit erlebt. Nach der Trennung von Staatssekretär Gregor Beyer waren wir natürlich bemüht, herauszufinden, wie ernst es der Landesregierung mit der Fortsetzung einer vernünftigen Agrarumweltpolitik ist, die wir sehr begrüßt hatten. Ein Gespräch mit der Ministerin Hanka Mittelstädt auf dem Hof von Marco Hintze und ein Gespräch mit dem neuen Staatssekretär Stephan Nickisch am Rande der Grünen Woche verliefen in angenehmer Atmosphäre, brachten jedoch keine Klarheit. Der Bruch der SPD-BSW-Koalition und damit die Neubildung der Landesregierung unter Beteiligung der CDU wiederum brachte eine neue Situation, weil zusätzlich unklar war, ob und in welchem Umfang der neue Koalitionspartner die Agrarpolitik beeinflussen würde bis hin zu einer möglichen Übernahme des Ministeriums. In Gesprächen mit den CDU-Landtagsabgeordneten Gordon Hoffmann und Julian Brüning haben wir unsere Vorstellungen dargelegt, gleichzeitig haben wir in Gesprächen mit den Landtagsabgeordneten Fabian Jank (AfD) und Gunnar Lehmann (BSW) Themen erörtert, die höchstwahrscheinlich keinen Eingang in das Regierungsprogramm finden würden und sich daher für den parlamentarischen Raum eignen. Unser Kommentar zum Koalitionsvertrag: Die SPD behält das Ministerium, die Großbetriebe werden geschützt, der Bauernverband bekommt frisches Geld, ansonsten nichts Konkretes. Wie weit vage Andeutungen bei Wolfsmanagement und Wasserrückhalt tatsächlich in für das Land sinnvolle Politik umgesetzt werden, bleibt abzuwarten ...

Bauernbund Brandenburg irritiert von Wolfspolitik: Kurswechsel bei Hanka Mittelstädt?

(19.09.2025) Der Bauernbund Brandenburg befürchtet einen Kurswechsel der Landesregierung in der Agrarumweltpolitik. „Bis vor kurzen hat Landwirtschaftsministerin Hanka Mittelstädt noch zielstrebig auf den im Koalitionsvertrag vereinbarten Abschluss von Wölfen hingearbeitet“, wundert sich Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung: „Seit ihrer Trennung von Staatssekretär Gregor Beyer hören wir andere Töne – eine entsprechend angepasste Wolfsverordnung solle frühestens 2027 in Kraft treten, deren Inhalte sollen ergebnisoffen diskutiert und Entscheidungen auf Bundesebene abgewartet werden.“ Solche Vernebelungsrhetorik kenne man bereits von ihrem Vorgänger Axel Vogel, kritisiert der 59jährige Mutterkuhhalter aus Lennewitz in der Prignitz. Die von Mittelstädt angekündigte Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht bezeichnet Jung als Placebo, da diese für sich allein mit ganzjähriger Schonzeit verbunden sei: „Wenn das Ziel verwässert und das Tempo der Zielerreichung verlangsamt wird, ist das eine andere Politik. Wir haben große Sorge, dass im Ministerium wieder grüne Ideologen und Technokraten die Macht übernehmen.“

Brandenburg sei das Land mit der weltweit höchsten Wolfsdichte, mahnt der Bauernbund und verweist auf über tausend gemeldete Nutztierrisse im vergangenen Jahr sowie eine hohe Dunkelziffer. Viele Risse würden nicht gemeldet, so der Verband, weil das Entschädigungsverfahren sehr bürokratisch sei und niemand Aufmerksamkeit erregen wolle, der dem Problem auf illegale Weise begegnet. „Selbst wenn man die mit 500 Wölfen unglaublich niedrige Bestandsschätzung des Landesumweltamtes zugrunde legt, haben wir bezogen auf die Fläche immer noch 15 mal so viele Wölfe wie Schweden“, begründet Jung, warum das im Koalitionsvertrag vorgesehene Bestandsmanagement unbedingt zeitnah umgesetzt werden muss: „Wir haben lange genug diskutiert, wir wurden oft genug getröstet und wir brauchen auch keine Arbeitsgruppen mehr, in denen uns angebliche Experten erklären, was angeblich gut für die Weidetierhaltung ist.“

Im vergangenen halben Jahr hat der Bauernbund Brandenburg die Ministerin weitgehend unterstützt. „Erstmals seit langem hatten viele Menschen auf dem Lande den begründeten Eindruck, dass sie mit ihren Anliegen nicht nur wahrgenommen werden, sondern dass sich konkret etwas zu ihren Gunsten ändert“, erinnert Jung: „Und zwar in einem Tempo, das viele der Politik schon gar nicht mehr zugetraut hätten.“ Die Streichung des Vorkaufsrechts für Naturschutzverbände, die Aussetzung der Wiederherstellungsverordnung und eben die Vorbereitung der Jagd auf Wölfe haben Hoffnungen geweckt, die nicht enttäuscht werden dürfen, so der Berufsvertreter: „Es ist nicht unsere Aufgabe, über persönliche Befindlichkeiten im Führungspersonal zu urteilen, aber eine Rolle Rückwärts in der Agrarumweltpolitik werden wir nicht akzeptieren.“

Bauernbund Brandenburg begrüßt Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht

(20.11.2025) Der Bauernbund Brandenburg hat die von der Landesregierung geplante Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht begrüßt, zugleich aber eine neue Wolfsverordnung angemahnt. „Die Möglichkeit der Jagd wird so lange wirkungslos bleiben wie der Wolf aufgrund Naturschutz unter ganzjährige Schonzeit fällt“, sagte Bauernbund-Vorstand Frank Michelchen. Deshalb müsse jetzt zügig die Wolfsverordnung überarbeitet werden, in der Ausnahmen geregelt sind, so der 59jährige Bio-Weidehalter aus Leibsch im Spreewald: „Wir wollen, dass das komplizierte Genehmigungsverfahren entfällt, das erst einsetzt, nachdem der Schaden entstanden ist. Der Jäger soll bereits schießen dürfen, wenn der

Wolf sich unseren Viehweiden nähert. Der kommt nämlich nicht zum Kuschneln.“ In der Begründung zum Gesetzentwurf sei von etwa zehn Entnahmen pro Jahr die Rede, kritisiert der Bauernbund in seiner Stellungnahme. Diese völlig absurde Einschätzung sei angesichts von über 1.000 gerissenen Kälbern und Schafen und einem Populationszuwachs von mindestens 150 Wölfen im Jahr keinesfalls geeignet, zu einer Problemlösung beizutragen, gibt Michelchen zu bedenken: „So lange der Wolf unter Naturschutz steht, muss die Zahl der Entnahmen zwar unterhalb des Zuwachses bleiben, aber innerhalb dieser Größenordnung müssen wir auch handeln dürfen.“ Mit dem Wolf im Jagdrecht und weiteren vier Jahren, in denen faktisch keine Wölfe geschossen werden, bekomme die Politik irgendwann ein Glaubwürdigkeitsproblem.



Bauernbund Brandenburg für Biberpelz und Biberbraten

(19.10.2025) Der Biberbeauftragte des Bauernbundes Brandenburg, Bernhard Kalies, hat sich dafür ausgesprochen, dass die zum Schutz der Gewässer getöteten Biber künftig verwertet werden dürfen. „Diese Tiere weiterhin komplett entsorgen zu müssen, obwohl sie sehr schmackhaftes Fleisch und einen schönen Pelz haben, halte ich für wenig nachhaltig“, argumentiert der 69jährige Landwirt aus Ortwig im Oderland und schlägt vor, zeitgleich mit dem Wolf auch den Biber ins Jagdrecht aufzunehmen: „Wenn eine früher vom Aussterben bedrohte Art durch totalen

Schutz und massenhafte Vermehrung zur Landplage wird, muss wieder ein für die Kulturlandschaft verträgliches Gleichgewicht hergestellt werden.“ Alles andere schade dem nach wie vor wichtigen Anliegen des Artenschutzes in der Öffentlichkeit, so Kalies.

In einer Stellungnahme zur Verlängerung der im März 2026 auslaufenden Brandenburgischen Biberverordnung schlägt der Bauernbund deshalb die Ausweitung der Möglichkeiten vor, Biber an definierten Gewässerabschnitten zu entnehmen. Kalies: „Die bisherige, in sich widersprüchliche Ausnahme für Schutzgebiete muss fallen und als weitere Kriterien, die ein Eingreifen rechtfertigen, müssen die Gefährdung wertvoller Baumbestände durch Biberfraß und die Gefährdung landwirtschaftlicher Bearbeitung durch Bibergänge aufgenommen werden.“ Nur wenn Schäden größeren Ausmaßes wirksam verhindert werden, sei eine höhere Akzeptanz für das Nagetier zu erwarten.

*Weniger spektakulär als Wolfsrisse und Biberstau sind Schäden an Ackerkulturen durch **Gänse, Schwäne und Kraniche** oder Nutztierschäden, verursacht durch **Rabenvögel**. Unser Vertreter im Landesjagdbeirat Klaus Hildebrandt sammelt gerade Informationen darüber – wer betroffen ist und Auskunft geben kann, bitte Info an die Geschäftsstelle jung@bauernbund-brandenburg.de.*

*Nicht alle von uns bringt der elegante Flug des Kranichs ins Schwärmen, vor allem nicht, wenn der Vogel sich im Frühjahr massenweise auf den Äckern niederlässt. Deshalb haben wir in den Diskussionen um die **Vogelgrippe** einerseits für eine rationale Einordnung des Seuchengeschehens plädiert, andererseits das technokratische Vorgehen der Veterinärbehörden in Frage gestellt.*

Bauernbund Brandenburg zur Vogelgrippe: Kranichsterben ist Natur, Stallpflicht ist Tierquälerei



(29.10.2025) Der Bauernbund Brandenburg hat auf den Zusammenhang zwischen dem totalen Schutz des Kranichs und dem aktuellen Massensterben der Tiere hingewiesen. „Wenn eine Population sich in einer Kulturlandschaft mit schier unbegrenztem Nahrungsangebot völlig ungehindert ausbreitet, erfolgt die natürliche Regulierung ir-

gendwann durch Seuchen“, erklärt Bauernbund-Vorstand Hans-Jürgen Paulsen. Seit Jahren sei bekannt, dass sich der früher bedrohte Großvogel massiv vermehrt, so der 60jährige Milchviehhalter aus Zollchow in der Uckermark: „Vielleicht müssen wir nach diesem Seuchenzug darüber nachdenken, wie man Kraniche wirksamer von den landwirtschaftlichen Flächen vergrämt, wo sie sich im Frühjahr von den jungen Saaten ernähren.“ Jedenfalls sei die stark angestiegene Kranichpopulation Ausgangspunkt der aktuellen Vogelgrippe, die der Geflügelhaltung im Land schweren Schaden zufüge.

Vom Land und der Tierseuchenkasse erwartet der Bauernbund, dass die betroffenen Betriebe für ihre Tierverluste und durch die Seuchenbekämpfung verursachte Ertragsausfälle voll entschädigt werden. „Unsere Geflügelhalter betreiben großen Aufwand zum Schutz ihrer Tiere, Futter und Streu sind abgedeckt, Mensch und Maschine gelangen nur durch eine Desinfektionsschleuse in den Stall, trotzdem kann ein Eintrag des Erregers nicht mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden“, beschreibt Paulsen die Lage. Wer nicht grob fahrlässig handelt, verdiene die Solidarität der Gesellschaft, die mit Geflügelfleisch und Eiern versorgt werden will.

Als nutzlosen Aktionismus bezeichnete Paulsen hingegen die von den Landkreisen angeordnete Stallpflicht für Freilandgeflügel: „Für das Risiko der in den großen Ställen hoffentlich gut geschützten Tiere ist es unerheblich, ob im Freiland drumherum zusätzlich zu den unzähligen Wildvögeln noch ein paar Legehennen oder Weihnachtsgänse rumflattern.“ Die Unterbringung des Freilandgeflügels in dafür nicht ausgelegten Ställen sei Tierquälerei, kritisiert der Bauernbund bereits seit zwanzig Jahren, seitdem hätten leider viele Familienbetriebe und Hobbyhalter diese gesellschaftlich erwünschte und mit geringem Kapitalaufwand mögliche Form der Geflügelhaltung aufgegeben.

Bauernbund Brandenburg weist Nabu-Hetze zurück: Keine seriösen Argumente zum Kranichsterben

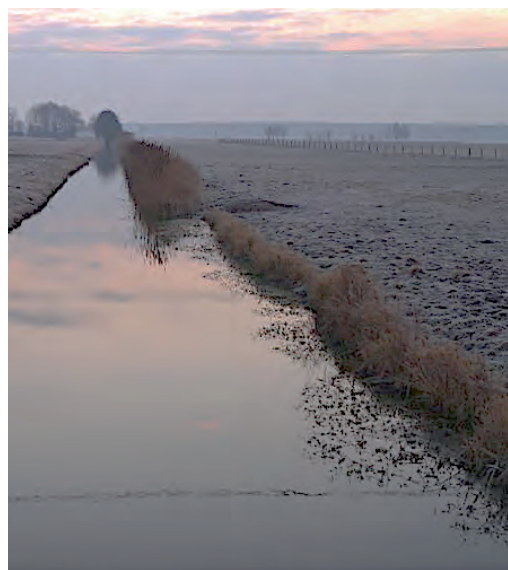
(05.11.2025) Der Bauernbund Brandenburg hat die vom Nabu-Landesverband betriebene Petition für ein Virenmonitoring in Geflügelbetrieben als „widerliche Hetze ohne jede Faktenbasis“ bezeichnet. In ihrem Aufruf unterstellen die so genannten Naturschützer, die aktuell grassierende Vogelgrippe sei wahrscheinlich aus geschlossenen Geflügelställen in die freie Wildbahn gelangt und hätte dort das Massensterben der Kraniche ausgelöst, berichtet Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung. Indem er wieder der Landwirtschaft alle Schuld in die Schuhe schiebt bediene der Nabu zwar seine üblichen Erklärungsmuster, so

der 60jährige Biolandwirt aus Lennewitz in der Prignitz: „Die Argumentation ist in diesem Fall jedoch so offensichtlich absurd, dass der Verband als ein seriöser Gesprächspartner eigentlich nicht mehr ernstgenommen werden kann.“

Um zu einer realistischen Einschätzung zu gelangen bedürfte es laut Jung lediglich dreier einfacher Überlegungen: „Erstens warum tritt die Vogelgrippe nicht ganzjährig in den auf gleicher Temperatur gehaltenen Ställen auf, sondern immer nur im Herbst, wenn sich die Zugvögel zum Flug in den Süden sammeln? Zweitens warum treffen die Ausbrüche exakt derselben Seuche räumlich weit voneinander entfernt liegende Geflügelbestände, deren Tiere keinen Kontakt miteinander haben können? Und drittens warum soll die seit vielen Jahren auf niedrigem Niveau konstante Geflügelhaltung im Land verantwortlich sein für das Massensterben einer Art, die sich in den letzten Jahren explosionsartig vermehrt hat?“

Trotz der offensichtlichen Fakten möchte der Bauernbund aber nicht umgekehrt von einer Naturschutz-Seuche sprechen. Jung: „Seuchen sind Teil der Natur genauso wie der Nitrat-eintrag, den zehntausende Kraniche an ihren Sammelpätzen in den Oberflächengewässern hinterlassen – wir Landwirte wissen mit der Natur umzugehen und brauchen keinen Sündenbock.“ Unabhängig vom aktuellen Seuchengeschehen müsse allerdings die Frage erlaubt sein, ob der totale Schutz des Kranichs weiterhin gerechtfertigt sei. Jung: „Der Kranich ist vielleicht ein schöner Vogel, ganz sicher ist er ein Spendenwerbungs-Maskottchen des Nabu, aber deshalb ist er kein Heiligtum, dem keine Feder gekrümmt werden darf.“

*Zwischen Dürre und Flut – **Wassermanagement** in Brandenburg, so lautete der Titel einer Podiumsdiskussion der Familienbetriebe Land & Forst mit der Ministerin und Abgeordneten, wo Geschäftsführer Reinhard Jung am 7. Januar für neue Wege beim Moorschutz warb. Für Wasserrückhalt sollen laut Koalitionsvertrag erhebliche Mittel freigemacht werden, gleichzeitig läuft das Beteiligungsverfahren zur Wassergesetznovelle an. Dieses Thema wird daher ein Schwerpunkt unserer Interessenvertretung in den nächsten Monaten sein mit folgenden Eckpunkten: 1. Mehr Wasserrückhalt 2. Verantwortung des Landes für Gewässer erster Ordnung 3. Verträgliche und gerechtere Belastung der Landeigentümer 4. Stärkere Mitbestimmung durch die Landnutzer.*



Ab in die Produktion – wir bleiben verbunden!

Mit diesem Rundbrief verabschieden wir uns in die Vegetationsperiode und wünschen allen Mitgliedern viel Erfolg auf den Feldern und in den Ställen. Unser Geschäftsführer Reinhard Jung bleibt rund um die Uhr erreichbar unter 038791-80200 oder 0173-3511680. Über den E-Mail-Verteiler informieren wir Euch über die aktuelle berufspolitische Arbeit und die regelmäßigen Vorstandssitzungen, die mitgliederoffen sind. Mehr Austausch untereinander im Bauernbund soll eine **WhatsApp-Gruppe** bringen, die unser Mitglied Michael Lubk inzwischen eingerichtet hat und konstruktiv führt: Nur Agrarthemen, natürlich auch alle unsere Stellungnahmen und Pressemitteilungen, die unkompliziert weiter geleitet werden können, keine endlosen Sprachnachrichten und keine bunten Filmchen ohne Erklärung warum – wer Interesse hat, dabei zu sein und mit zu diskutieren, bitte Michael anfunken unter 0173-4918379 oder michael @muehlenhof-lausitz.de.

Beitrittserklärung

An den
Bauernbund Brandenburg e. V.
z. Hd. Herrn Reinhard Jung
Lennewitzer Dorfstraße 20

19336 Legde/Quitzebel OT Lennewitz

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Bauernbund Brandenburg e. V.

Name:	Eventuell weitere Personen:
Geburtsdatum:	Name:
Straße:	- Geburtsdatum:
PLZ, Ort:	- Mobiltelefon:
Landkreis:	- E-Mail:
Telefon:	Name:
Mobiltelefon:	- Geburtsdatum:
E-Mail:	- Mobiltelefon:
Betriebsgröße:	- E-Mail:

Jeder Landwirtschaftsbetrieb zahlt im Jahr einen Grundbeitrag von 50 Euro und eine Betriebsumlage von 1 Euro pro Hektar (bis 500 Hektar, alles darüber ist beitragsfrei). Die Mitgliedschaft wird erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag können neben dem Betriebsleiter zwei weitere Personen (z. B. Ehepartner, Altenteiler, Hofnachfolger) Mitglied sein. Nicht-Landwirte zahlen im Jahr den Grundbeitrag von 50 Euro.

Grundbeitrag:,... €	Betriebsumlage:,... €
Gesamtbeitrag / Jahr:,... €	

Datum, Ort: Unterschrift:

Hiermit beauftrage ich den Bauernbund Brandenburg e. V., meinen Mitgliedsbeitrag jährlich zum 1. Januar des Kalenderjahres per Lastschrift von meinem folgenden Konto einzuziehen:

IBAN:

BIC:

Kontoinhaber:

Datum, Ort: Unterschrift: